

Unterrichtung

**über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates
der Ortsgemeinde Heidenburg
am Donnerstag, den 26. Oktober 2017 um 19:00 Uhr
in der Gaststätte „Zur Linde“ in Heidenburg**

Anwesende:

Als Vorsitzender:

Ortsbürgermeister Werner Treinen

Die Ratsmitglieder:

1. Hoffmann, Otmar
2. Schemer, Dietmar
3. Schu, Heike
4. Göppert, Anton
5. Haas, Hermann
6. Mattes, Dieter
7. Eiserloh, Kai
8. Christen Jörg

Es fehlten entschuldigt:

9. Thome, Karl-Josef
Stein, Uwe (2. Beigeordneter)

Ferner anwesend:

Becker, Alexander (1. Beigeordneter)
Forstrevierleiter Peter Meyer (zu Top 2)
FB-Leiter Udo Keuper (ab Top 6)
Herr Ronig, Firma SYBAC (zu Top 7)
VG-Angestellte Beate Kimmling als
Schriftführerin

Gemäß § 34 GemO hatte der Ortsbürgermeister als Vorsitzender die Mitglieder des Ortsgemeinderates schriftlich zu der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Er stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Der Vorsitzende informierte die Ratsmitglieder über die erhaltene Email von Ratsmitglied Karl-Josef Thome, wonach er an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen wird, da er die Sitzungsunterlagen zu spät erhalten habe und sich auf diese Sitzung nicht mehr vorbereiten kann.

Ratsmitglied Dietmar Schemer stimmte der Aussage von Ratsmitglied Thome zu und sagte, dass es traurig wäre, wenn die Unterlagen erst 3 Tage vor der Sitzung zugestellt werden.

Ratsmitglied Hermann Haas meinte dazu, Hauptsache, die Unterlagen sind da. Dies sei aber nicht der richtige Weg.

Ratsmitglied Schemer sagte hierzu weiterhin, dass dies so nicht hingenommen werden kann, da in einer Gemeinderatssitzung Entscheidungen zu treffen sind, auf die man sich als Ratsmitglied vorbereiten müsse. Auf diese Art und Weise sah er keine gute Zusammenarbeit zwischen dem Ortsbürgermeister und dem Rat.

Die Ratsmitglieder Dieter Mattes und Otmar Hoffmann bestätigten diese Aussage.

Ratsmitglied Mattes fragte nach der Niederschrift der letzten Sitzung vom 30.08.2017. Die Schriftführerin teilte die Niederschriften dieser Sitzung den Ratsmitgliedern aus, die

am 30.08.2017 an dieser Sitzung teilgenommen haben.

Von Ratsmitgliedern wird angefragt, weshalb die Niederschrift wieder zu spät ausgehändigt werde und weshalb nur die Ratsmitglieder eine Ausfertigung erhalten, die an dieser Sitzung teilgenommen haben.

Die Schriftführerin entschuldigte dies, da die Niederschrift erst am letzten Dienstag dem Vorsitzenden zur Unterschrift vorgelegt wurde.

Auf die Anfrage, weshalb nur die an der Sitzung teilgenommenen Ratsmitglieder eine Niederschrift erhalten haben, wurde von der Schriftführerin mitgeteilt, dass sie dies

klären und die Ratsmitglieder per Email informieren werde.

Ratsmitglied Mattes beantragte eine Sitzungsunterbrechung, damit die Ratsmitglieder sich die Niederschrift der letzten Sitzung durchlesen können.

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit einer Enthaltung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde folgende Tagesordnung beraten:

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Verabschiedung von Ratsmitgliedern
3. Forstwirtschaftsplan 2018
4. Anschaffung von Hundetoiletten
5. Generationengarten / Schulgarten
6. Repowering
7. Nutzung Gewerbegebiet / Solarpark
8. Kommunal- und Verwaltungsreform
9. Dienstanweisung Gemeindearbeiter
10. Betragsangelegenheiten
 - a) Antrag CDU-Fraktion
 - b) Antrag FWG-Fraktion
11. Informationen

Zu 1.: Einwohnerfragestunde

Herrn Wirz wurde ein Waldgrundstück in der Gemarkung Heidenburg zugewiesen. Er teilte mit, dass der Wirtschaftsweg an diesem Grundstück freigeschnitten werden müsste.

Hierzu erklärte Revierleiter Meyer, dass sich dieser Weg an der Waldaußengrenze befindet und so zugewachsen sei, dass er nicht mehr befahrbar sei und daher über das Waldgrundstück von Herrn Wirz gefahren wird. Da dieser Weg nicht gebraucht wird, schlug Herr Meyer vor, diesen Weg zu entwidmen. Ein Freischneiden des Weges wäre verhältnismäßig zu teuer.

Herr Schander teilte mit, dass er festgestellt habe, dass manche Straßeneinlaufschächte sich 10 cm unter der Straße befinden und diese angehoben werden müssten, um die Verkehrssicherheit wiederherzustellen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass in folgenden Anliegen Bürger ihn angesprochen haben:

- Hunde sind anzuleinen
- Parksituation in der Grenzstraße Richtung Trittenheim
- am Neubaugebiet Molterpfad/Feldweg werden Fahrzeuge abgestellt

Zu 2.: Verabschiedung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende teilte mit, wie bereits in der Sitzung vom 30.08.2017 informiert wurde, haben die Ratsmitglieder der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 22.08.2017 Ihre Mandate als Rats- und Ausschussmitglieder niedergelegt.

Diese Ratsmitglieder wurden zur Verabschiedung zu der heutigen Sitzung eingeladen. Sie haben mitgeteilt, dass Sie an der Verabschiedung nicht teilnehmen werden.

Ratsmitglied Heike Schu beanstandete, dass in der Niederschrift vom 30.08.2017 die Information über die Mandatsniederlegung fehle und beantragte die Aufnahme in der Niederschrift.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Ratsmitglieder der SPD Fraktion Andrea Jäger, Jürgen Paulus und Erich Scheit mit Schreiben vom 22.08.2017 ihre Mandate als Rats- und Ausschussmitglieder niedergelegt haben. Die Nachrücker wurden alle angeschrieben und angefragt, ob sie das Mandat als Ratsmitglied annehmen würden. Alle Nachrücker haben abgelehnt. Daher besteht nunmehr der Ortsgemeinderat Heideburg aus 9 Ratsmitgliedern und dem Ortsbürgermeister (gesetzliche Zahl nach § 29 Abs. 4 GemO).

Die SPD Fraktion hat als Fraktion ihr Mandat am 22.08.2017 niedergelegt. Dies kann nur jedes Ratsmitglied für sich selbst tun. Da in dem Schreiben vom 22.08.2017 der SPD Fraktion alle Ratsmitglieder einzeln unterschrieben haben, gilt die Mandatsniederlegung für jedes einzelne Ratsmitglied.

Zu 3.: Forstwirtschaftsplan 2018

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende den Forstrevierleiter Herrn Peter Meyer und übergab ihm das Wort zur Vorstellung des Forstwirtschaftsplanes 2018.

Herr Meyer erläuterte dem Ortsgemeinderat die Planung für das Forstwirtschaftsjahr 2018 und informierte über die beabsichtigten Maßnahmen.

Der Holzeinschlag sei wie folgt geplant:

- 830 fm Douglasien-Durchforstung, Abteilung 2, mit Harvester Durchforstung im Winter
- 640 fm Reiserlose Nadelholzhieb (Schwerpunkt Fichte), Abteilung 16 +17, Waldarbeiterdurchforstung im Hang
- 310 fm Laubholzernte, Abteilung 7+10, Eichen-Stammholz, Buchen-Stammholz und Brennholz (am Weg und als Reiserlos), die Eiche- und Brennholz-Durchforstung soll im Winter erfolgen, die Buche- und die Restbrennholz Durchforstung soll im Frühherbst erfolgen

Der Forstwirtschaftsplan für das kommende Jahr schließt bei erwarteten Einnahmen in Höhe von rund 130.000 € und Ausgaben in Höhe von rund 103.020 € mit einem positiven Ergebnis von 26.980 € ab.

Weiter empfahl Revierleiter Meyer dem Ortsgemeinderat, die Brennholzpreise für Langholz von bisher 32,50 € pro Raummeter auf 33,00 € zu erhöhen. Die Preise für die Reiserlose sollen nach seiner Empfehlung weiterhin zwischen 17 – 20 € liegen.

Den Kosten bei der Holzernte in Höhe von 49.600 € stehen Erlöse aus dem Holzverkauf von 130.000 € gegenüber, was einem Deckungsbeitrag von 80.400 € entspricht.

Die Kosten der Waldbegründung, wozu die Neuanpflanzung, die Nachbesserung von Pflanzen, die das Wild verbissen hat sowie die Kulturpflege gezählt werden, belaufen sich auf insgesamt 17.200 €.

Für die Waldpflege würden rund 400 € anfallen.

Beim Waldschutz gegen Wild-Verbiss beim Nadelholz durch Verbiss-Schutzkappen oder beim Laubholz mit Kreppband werden 4.900 € eingeplant.

Die Kosten für Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen im Bereich öffentlicher Straßen und Plätze werden sich auf insgesamt 900 € belaufen.

An Aufwendungen für die Erholung im Wald, im Zusammenhang mit der Unterhaltung und dem Freischneiden von Wanderwegen, werden 700 € angesetzt.

Für die Wegeinstandsetzung werden rd. 4.700 € eingeplant.

Die Kosten für die forstbetrieblichen Dienstleistungen des Forstamtes belaufen sich auf 16.500 €.

Die Fixkosten des Waldeigentums für Berufsgenossenschaft, Versicherung, Grundsteuern und Forstverbandsumlage betragen 10.770 €.

Für Wildschäden wird mit einer Erstattung von 2.650 € gerechnet.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Revierleiter Meyer für die gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit. Im Anschluss bat er um Stellungnahmen zum vorgestellten Forstwirtschaftsplan.

Ratsmitglied Anton Göppert fragte nach, ob das Reiserlos in der Nähe vom Sportplatz, nach der letzten Waldbegehung, nicht weitergetragen wird bzw. unterhalb dieses Loses es eine Fläche mit Reiserlosen gäbe.

Revierleiter Meyer erklärt sich bereit, die im Fortwirtschaftsplan erwähnte Reiserlosfläche mit Interessierten vor Ort anzusehen.

Der Vorsitzende schlug vor, dem Forstwirtschaftsplan 2018 in der von Herrn Meyer vorgestellten Form zuzustimmen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 4.: Anschaffung von Hundetoiletten

Der Vorsitzende teilte mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Tourismus, Kultur, Umwelt und Natur der Ortsgemeinde Heidenburg am 28. September 2017 beschlossen wurde, innerorts an den zu benennenden Standorten 6 Spenderboxen/Tütenbehälter für Hundekot und außerorts an den zu benennenden Standorten 4 Mülltonnen mit Spenderboxen/Tütenbehälter aufzustellen. Die Beschaffungskosten hierfür betragen rund 1.000 €. Hinzu kommen laufende Kosten in Höhe von rund 200 € pro Jahr. Die regelmäßige Überwachung / Pflege ist sicherzustellen.

Die Finanzierung der einmaligen Beschaffungskosten in Höhe von ca. 1.000 € erfolgt über Spenden, und zwar durch die ortsansässige Bäckerei Schander sowie die Jugendkulturgruppe in Höhe von je 500 €. Die laufenden Kosten in Höhe von rund 200 € pro Jahr sollen ebenfalls über Spenden finanziert werden.

Ratsmitglied Haas fragte nach, ob die Standorte für die Hundetoiletten schon festgelegt wurden und die Finanzierung der Ersatztüten nicht aus den Einnahmen der Hundsteuer erfolgen könnte. Der Vorsitzende teilte mit, dass die Standorte bereits festgelegt wurden. Die Finanzierung der Tüten aus der Hundesteuer wäre zu prüfen.

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Ortsgemeinderat beschloss die Anschaffung von Hundetoiletten für rd. 1.000 €.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Die Finanzierung der Folgekosten soll durch die Verwaltung geklärt werden.

Zu Top 5.: Generationengarten / Schulgarten

Der Vorsitzende informierte den Rat über die geplante Anlegung eines Schulgartens auf der Wiese unterhalb der Feuerwehr. Der Rat hatte in der Sitzung am 30.08.2017 beschlossen, der Grundschule das Grundstück Flur 16, Flurstück 43, zur Anlage eines Schulgartens zur Verfügung zu stellen. Der Ortsgemeinde würden keinerlei Kosten entstehen.

Der Garten wird gemeinsam mit der Grundschule, dem Förderverein der Grundschule und dem Verein „Heidenburger Äpfelchen“ angelegt und betreut. Zur Anlage des Gartens werden beim BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Rheinland-Pfalz) Fördergelder beantragt.

Ratsmitglied Haas empfahl eine entsprechende Kündigungsfrist festzulegen und fragte nach, was mit dem Grundstück sei, wenn es zweckentfremdet werde.

Aus dem Rat gab es keine Bedenken, da der Förderverein der Grundschule federführend sei und aufgrund der Fördergelder bestimmte Bestimmungen, wie die Unterhaltung von mindestens 5 Jahren und ein Rückbau wieder vom Verein erfolgen müssen.

Ratsmitglied Göppert begrüßte die Initiative. Er gab zu bedenken, dass von diesem Schulgarten nicht nur die Initiatoren profitieren, sondern sich die ganze Gemeinde an diesem Projekt erfreuen kann.

Einstimmig wurde eine Sitzungsunterbrechung beschlossen, um den Vertretern des Fördervereins das Wort zu erteilen.

In der Sitzungsunterbrechung erläuterten Vertreter des Fördervereins die Maßnahme „Generationengarten“.

Die Sitzung wurde wieder aufgenommen.

Es wurde vorgeschlagen, einen Pachtvertrag, in dem alles Nähere geregelt werde, mit den Pächtern abzuschließen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 6.: Repowering

Der Vorsitzende teilte mit, dass zum Projekt Repowering des Windparks ABO Wind WP Berglicht GmbH & Co KG mit 9 Windkraftanlagen ein Angebot der Firma Abo Wind vorliege. Für die bestehenden 9 Windenergieanlagen (WEA) sollen bis zu 4 WEA (größer und leistungsfähiger) errichtet werden. In Heidenburg handelt es sich um 2 WEA, die durch 1 WEA repowert werden sollen. Die Ortsgemeinden Berglicht, Büdlich und Breit haben dem Projekt der Firma Abo Wind bereits zugestimmt.

In der OG-Rat-Sitzung am 15.12.2016 wurde ein Beschluss gefasst, dass dem Repowering grundsätzlich zugestimmt werde, jedoch sollten noch weitere Angebote bei anderen Unternehmen eingeholt werden. Es wurde in der Zeit von März bis Mai 2017 bei 2 weiteren Firmen angefragt, ob Interesse an einem Repowering-Projekt bestehe.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt gab es von diesen Unternehmen noch keine Rückmeldung.

Ratsmitglied Schemer hatte den Kontakt zu einer Firma hergestellt und nochmals angefragt, ob ein Interesse zur Angebotsabgabe weiterhin bestehen würde. Diese Firma habe mitgeteilt, dass weiterhin ein Interesse zum Projekt Repowering des Windparks bestehen würde und bedauere, dass bisher noch kein Angebot abgegeben wurde. Das Unternehmen möchte noch ein entsprechendes Angebot einreichen.

Nach eingehender Beratung wurde folgenden Beschluss gefasst:

Im Hinblick, dass mittlerweile 10 Monate vergangen seien und um den Kreis der Anbieter zu erhöhen, werde die Verwaltung nochmals gebeten, Unternehmen zur Abgabe von entsprechenden Angeboten anzuschreiben. Den Firmen soll eine Frist bis Ende November 2017 gesetzt werden. Danach werde der Rat einen entsprechenden Beschluss zur Auftragsvergabe fassen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 7.: Nutzung Gewerbegebiet / Solarpark

Der Vorsitzende teilte mit, dass in der Sitzung vom 30.08.2017 über die Nutzung des Gewerbegebietes als Solarpark gesprochen wurde und er verschiedene Firmen zur Umsetzung dieses Projekts gebeten habe, falls Interesse bestehe, ein Konzept zu erstellen, das dem Ortsgemeinderat vorgestellt werden kann.

Bisher haben bereits 2 Unternehmen ihr Interesse bekundet und 1 Unternehmen sein Konzept vorgestellt. Zu der heutigen Sitzung wurde Herr Ronig von der Firma SYBAC eingeladen, ein Konzept vorzustellen. Der Vorsitzende begrüßte Herrn Ronig und übergab ihm das Wort.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellte er den Anwesenden das Konzept vor und ging auf die Fragen der Ratsmitglieder ein.

Um mit dem angebotenen Projekt zu beginnen, müsste laut Herr Ronig zuerst die baurechtliche Seite geklärt werden. Danach werde mit der Ortsgemeinde sowie den Privateigentümern der Flächen ein Pachtvertrag ausgehandelt. Weiterhin müsste mit dem Energieversorger (hier Westnetz) geklärt werden, in welchem Umfang eine Einspeisung des Stromes möglich sei. Nach Klärung dieser Punkte, werde ein Bauantrag für die Anlage gestellt und die Umsetzung des Projekts kann begonnen werden.

Die Bereitschaft zur Verpachtung der Grundstücke im Privatbesitz sollte vor Beginn des Projekts mit den Eigentümern besprochen werden, da das Projekt in der angebotenen Konzeption nur mit der Verpachtung der gesamten Fläche umgesetzt werden kann.

Die Höhe der Pachtzahlungen ergeben sich aus dem Ertrag der Anlage (5 – 7 %). Hierbei spielt es keine Rolle, ob von der Gemeinde oder von Privatpersonen gepachtet werde. Die

Pacht sei für alle Verpächter gleich hoch. Die Pachtdauer beträgt 20 Jahre und beginnt mit der Planung des Projekts.

Im Pachtvertrag können die Verkehrssicherungspflicht sowie eine Bürgschaft über den Rückbau der Anlage vereinbart werden.

Auf Nachfrage verschiedener Ratsmitglieder über die Instandhaltung der Anlage und der Haltbarkeit der Module erklärte Herr Ronig, dass die Instandhaltung der Anlage von der Firma SYBAC übernommen wird und die Anlage nach 20 Jahren noch bis zu 80 % ihrer Leistung erbringen könnte.

Weiterhin wurde angefragt, ob es eine Ausfallversicherung gäbe, falls die Anlage mal ausfallen sollte. Hierzu erläuterte Herr Ronig, dass die Anlage 24 Stunden an 7 Tagen überwacht werde. Bisher war ein Totalausfall einer Anlage der Firma SYBAC noch nicht eingetreten. Bei Ausfall eines Moduls werde dieses direkt ausgetauscht.

Bei Herrn Ronig wurde sich für die Vorstellung des Konzeptes bedankt und vereinbart, dass er ein Angebot in der nächsten Woche einreichen soll.

Der Gemeinderat wird nach Vorlage des konkreten Angebots über das Projekt entscheiden.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu Top 8.: Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Vorsitzende informierte, dass am 20.10.2017 gemeinsam mit Kai Eiserloh, Jörg Christen, Ferdinand Gorges, Peter Kolz und Uwe Stein ein Gespräch mit dem Staatssekretär Kern im Innenministerium stattfand. Er bat die Ratsmitglieder Eiserloh und Christ den Verlauf des Gesprächs wiederzugeben.

Ratsmitglied Eiserloh teilte mit, dass bei der Sitzung am 30.08.2017 eine Resolution sowie ein Schreiben an die Ministerpräsidentin Malu Dreyer befürwortet wurde.

Bisher hat die Ministerpräsidentin auf dieses Schreiben noch nicht geantwortet.

Die Resolution wurde an die Vorsitzenden der Landesfraktionen, die Landräte Eibes und Scharz, Bürgermeister Hüllenkremer, die Bürgermeisterin Horsch und die Fraktionsvorsitzenden der Verbandsgemeinden Schweich und Thalfang am Erbeskopf übersandt.

Ratsmitglied Eiserloh beschwerte sich über die Aussage von Ratsmitglied Göppert, dass bei einer Fusion mit der Verbandsgemeinde Schweich, Bürgermeisterin Horsch die Grundschule in Heidenburg schließen würde und er gegenüber den Eltern Unmut und Ängste verbreitete. Eine Schulschließung kann nicht von einer Verbandsbürgermeisterin beschlossen werden, diese Entscheidung treffe letztendlich die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier. Ratsmitglied Eiserloh forderte Ratsmitglied Göppert auf, sich zu entschuldigen.

Ratsmitglied Mattes informierte über ein aufschlussreiches Gespräch mit der Bürgermeisterin der VG Schweich bezüglich der Schulschließung. Sie erklärte ihm, dass eine Verbandsgemeinde nicht das Recht habe, eine Grundschule zu schließen.

Wenn von Mainz ein Signal zur Aufnahme der Ortsgemeinde Heidenburg in ihrer Verbandsgemeinde käme, könnte dieser Tagesordnungspunkt wieder bei einer VG-Ratssitzung aufgenommen werden.

Der Vorsitzende Treinen erklärte, dass zu dem Punkt Kanalbefahrung der Fachbereichsleiter Keuper von der Verwaltung zur Sitzung erschienen sei und erteilte ihm das Wort.

FB-Leiter Keuper informierte die Ratsmitglieder, dass aufgrund der bisher gelieferten Zahlen die Verbandsgemeinde Schweich ein Investitionsvolumen hinsichtlich der Kanalerneuerung in der Ortsgemeinde Heidenburg, hätten berechnen können.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgabe, dass innerhalb von 10 Jahren eine Sichtkontrolle stattfinden müsse, haben sich die Werke der VG Thalfang am Erbeskopf nunmehr damit beschäftigt und folgende Vorgehensweise beschlossen.

Die Verbandsgemeinde verfügt über ein Kanalnetz von über 100 km. Daher sei es aus Kostengründen nicht möglich, eine Kanalbefahrung in der kompletten Verbandsgemeinde durchzuführen. Es müssen Prioritäten gesetzt werden und für die Kanalbefahrungen von Jahr zu Jahr Mittel im Wirtschaftsplan der Werke eingestellt werden.

Für das Jahr 2017 wurden 40.000 € für eine Kanalbefahrung im Wirtschaftsplan vorgesehen. Da die Ortsgemeinde Thalfang zum Teil ein älteres Kanalsystem als Heidenburg habe, werde in diesem Jahr in der Ortsgemeinde Thalfang zuerst eine Sichtkontrolle durchgeführt.

Dies wurde vom Rat der Ortsgemeinde Heidenburg bemängelt und an Herrn Keuper die Frage gestellt, wer dies so festgelegt habe. Herr Keuper erklärte hierzu, dass die Prioritäten von der Werkleitung in Absprache mit dem Werkausschuss festgelegt wurden.

Damit könne der Heidenburger Ortsgemeinderat sich nicht zufriedengeben und fragte nach, ob sich nicht die Werke damit strafbar machten, dass bisher keine Kanalbefahrung vorgenommen wurde. Die Kommunalaufsicht wäre hier auch in der Verantwortung.

Nach eingehender Diskussion des Rates fragte Ratsmitglied Schu nach, wann mit einer Kanalbefahrung in der Ortsgemeinde Heidenburg zu rechnen sei.

Fachbereichsleiter Keuper erklärte, dass für das Wirtschaftsjahr 2018 Mittel für weitere Kanalbefahrungen in den Plan eingestellt werden sollen. Wenn die Haushaltsmittel vorhanden seien, könne die Kanalbefahrung in der Ortsgemeinde Heidenburg Anfang des Jahres 2018 durchgeführt werden.

Die Ratsmitglieder zeigten sich mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden.

Ratsmitglied Schemer äußerte hierzu, dass die Verwaltung mit diesem Verhalten fahrlässig und gegenüber der Ortsgemeinde Heidenburg nicht fair gehandelt habe. Solch ein Versäumnis darf nicht vorkommen und muss mit dem Verbandsgemeinderat geklärt werden. Nach dem Motto „Heidenburg braucht Thalfang nicht mehr“ und wird als „letztes Rad am Wagen“ behandelt. Dies kann so nicht hingenommen werden, „auch die Heidenburger zahlen Steuern“. Er fragte bei FB Keuper nach, ob im Werkausschuss nochmals über die Kanalbefahrung beraten und Heidenburg vorgezogen werden könnte. Dies sollte in der anstehenden Werksausschusssitzung beraten werden.

Im Rat herrschte überwiegend Einigkeit darüber, dass die Werkleitung die Priorisierung der Kanalbefahrung dergestalt abändern sollte, dass die Kanalbefahrung in Heidenburg noch in 2017 durchgeführt wird.

Ratsmitglied Göppert informierte im Gremium über ein Gespräch mit Staatssekretär Dr. Griese vom Umweltministerium.

FB-Leiter Keuper erklärte sich bereit, zusammen mit Vertretern des Ortsgemeinderates einen Gesprächstermin beim Umweltministerium zu vereinbaren, um die grundlegenden Dinge zu klären.

Nochmals wurde im Rat eingehend diskutiert und von Ratsmitglied Christen angefragt, ob bei Einstellung der Mittel für das Jahr 2018 die Kanalbefahrung in der Ortsgemeinde Heidenburg stattfindet. Diese Maßnahme sei wichtig, um eine Grundlage für die Berechnung des Investitionsvolumens zu haben. Daher sollte so frühzeitig wie möglich eine Kanalbefahrung durchgeführt werden.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Kanalbefahrung im I. Quartal 2018 (Ende März) abgeschlossen sein sollte.

Ratsmitglied Christen führte weiterhin zum Gespräch im Innenministerium aus, dass nunmehr auch die Verbandsgemeinde Hermeskeil sowie die verbandsfreie Gemeinde Morbach sich nicht mit der vom Land angebotenen „Hochzeitsprämie“ bei einer freiwilligen Fusion zufriedengeben. Laut Zeitungsbericht haben Hermeskeil und Morbach beim Land um Unterstützung

gebeten. Wenn das Land zusätzliche Fördermittel zum Ausgleich der Schulden gewähren würde, käme die Verbandsgemeinde Schweich auch wieder zum Zuge und die Verhandlungen könnten wiederaufgenommen werden.

Um den Schuldenstand der Ortsgemeinde Heidenburg bei einer Fusion mit der VG Schweich zu reduzieren, könnte der VG Schweich angeboten werden, dass die OG Heidenburg weiterhin die bisherige Verbandsgemeindeumlage einschl. der Sonderumlagen in Höhe von rd. 43,97 % (VG Thalfang a.E.) anstatt die in Schweich festgesetzten rd. 29,8 % zahlen würde.

Wichtig sei es jedoch, dass von Seiten der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf ein vollständiges Zahlenwerk der VG Schweich geliefert werde. Dies sollte bis Dezember 2017 erfolgen.

Ratsmitglied Schu bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Christen und begrüßte es, dass die Vertreter der BI Pro Schweich bisher so gekämpft haben und noch weiterhin kämpfen.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu Top 9.: Dienstanweisung Gemeindearbeiter

Ortsbürgermeister Treinen teilte mit, dass von der Kreisverwaltung Musterdienstanweisungen vorliegen und danach für die zu verrichtenden Arbeiten des Gemeindearbeiters eine Dienstanweisung gefertigt werde.

Für die Benutzung der vorhandenen Arbeitsgeräte und Maschinen werden von Herrn Manuel Trescastro Dienstanweisungen erstellt.

Nach eingehender Beratung und Beantwortung der Fragen wurde folgendes beschlossen:

Für die zu verrichtenden Arbeiten wird vom Ortsbürgermeister eine Dienstanweisung sowie für die Benutzung der Geräte und Maschinen werden von Herrn Manuel Trescastro Dienstanweisungen für den Gemeindearbeiter vereinbart.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu diesem Zusammenhang dankte Ratsmitglied Schemer Herrn Manuel Trestcastro für sein Engagement.

Zu Top 10.: Beitragsangelegenheiten

a) Antrag CDU-Fraktion

Der Vorsitzende informierte den Rat, dass Beigeordneter Alexander Becker als Fraktionsvorsitzender der CDU der Verwaltung einen Satzungsentwurf zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträge für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung wiederkehrender Beiträge) für die Ortsgemeinde Heidenburg zur Prüfung vorlegt hat.

Von der Verwaltung wurde ein Satzungsmuster zur Beitragserhebung vom Gemeinde- und Städtebund angefordert, um dieses mit dem gefertigten Entwurf der CDU Fraktion zu vergleichen.

Der zuständige Mitarbeiter der Verwaltung habe angeboten, sich mit Vertretern des Rates zusammenzusetzen, um einen entsprechenden Entwurf dieser Satzung zu fertigen.

FB-Leiter Keuper empfahl dem Rat, diese Satzung im Ausschuss vorberaten und sich zu überlegen, im Rahmen einer Bürgerversammlung hierüber zu informieren.

Das Angebot der Verwaltung wurde angenommen, um einen Entwurf der Satzung schnellstmöglich anzugehen.

b) Antrag FWG-Fraktion

Ratsmitglied Mattes war nicht bekannt, dass die CDU-Fraktion bereits den gleichen Antrag zum Entwurf einer Beitragssatzung gestellt hatte.

Er begrüßte es, dass der zuständige Mitarbeiter der Verwaltung sich dazu bereit erklärte, bei dem Entwurf der Satzung beratend tätig zu werden. Er sah es für sehr wichtig an, die Bürger in dieser Beitragsangelegenheit richtig zu informieren.

Daher sollte der Satzungsentwurf zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen in absehbarer Zeit angegangen werden.

Der Vorsitzende schlug zum Antrag a) und b) vor, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Bauausschuss mit der Thematik befassen sollte, um einen Entwurf der genannten Beitragssatzung bis zum Ende des I. Quartals 2018 zu erstellen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 11.: Informationen

Ortsbürgermeister Treinen teilte folgendes mit:

- Kanalarbeiten an der Kreisstraße K76
- Haushaltssatzung und -plan der Ortsgemeinde Heidenburg für das Haushaltsjahr 2017 wurden von der Kommunalaufsicht genehmigt